

Der Halle wochentlich bei postmässiger Zustellung 1.50 M., durch die Post 2.25 M., enthält: Jahrgangsbücher, Beilagen werden von allen Bestellen gehalten angenommen. Im amtlichen Jahrgangsbücher unter „Sozial-Verwaltung“ eingetragen. Für vorwärts eingehende Kammitzen mit ihren Gehältern übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Sozial-Verwaltung“ gestattet. Herausgeber der Redaktion Nr. 1160; der Geschäftsstelle Nr. 1153; Druckerei-Gesellschaft, Große Ulrichsstraße 68, I; Leipzig Nr. 590 u. 591.

Saale-Beitung.

Dreihundertziger Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichsstraße 68, I sowie aus unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Retamen die Zeile 75 Pf. für Halle und auswärts 1 M. Erhebent täglich permat, Sonntags und Montags ermat. Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle. Halle, Gr. Braubachstraße 17; Verlags-Geschäftsstelle, Markt 24. Leipzig Geschäftsstelle, Gr. Ulrichsstraße 68, I; Leipzig Nr. 590 u. 591.

Nr. 128.

Halle a. S., Mittwoch, den 17. März.

1909.

Die Stempelsteuergesetz-Novelle.

I.

L. C. Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Eine wesentliche Aenderung des einer Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses überwiesenen Stempelsteuergesetzes wird kaum eintreten. Alle Parteien haben — im großen und ganzen — die Grundlagen des Gesetzes für berechtigt anerkannt. In der Tat zeigt die Vorlage zwei wesentliche Vorzüge: das Bestreben, die Umgehung der Stempelsteuerpflicht entgegenzutreten und die neuen Lasten möglichst erträglich zu machen, indem man sie auf die „stärksten Schultern“ legt. Die Notwendigkeit, neue Mittel zu bewilligen, ist durch die Beamtenbesoldung hervorgerufen. Ist es auch nicht angenehm, weitere Lasten zu schaffen, so wird es erträglich, wenn man die Gesichtspunkte, die sie beherrschend, im Wesentlichen als zutreffend anerkennt.

Das gilt in erster Reihe für die Versteigerung der Jagdpachtverträge mit einem Jahrespachtzins von mehr als 300 M. Hier handelt es sich fast ausschließlich um Luxusaufwendungen. Diese sollen in Zukunft mit 10 v. H. des Pachtzinses versteigert werden (bisher ein Zehntel Prozent). Der Mehrertrag wird auf 1 400 000 Mark geschätzt. Notwendig wird es freilich sein, das Gesetz — abnehmend von der Vorlage — so zu gestalten, daß auch die modernen Arten der Jagdpachtung erfasst werden können. Dazu tritt eine Erhöhung der Stempel für Jagdscheine, die einen Mehrertrag von 500 000 M. einbringen soll. Nebenbei sei bemerkt, daß eine Versteigerung der Jagdpachtverträge mit einem Jahrespachtzins bis zu 300 Mark einen Ertrag von mehr als 3 Millionen bringen würde, aber nicht beachtlich ist.

Ebenso berechtigt erscheint es, daß der Umgehung des Immobilienstempels, wie sie in den letzten Jahren in der Erscheinung getreten ist, ein Riegel vorgeschoben wird. Es ist bekannt, daß die sogenannten Zertragsgesellschaften nach Lage der bisherigen Gesetzgebung im Stande waren, dem Grundstücksveräußerungsstempel dadurch zu entgehen, daß nach Errichtung des Gesellschaftsvertrages die Anteile der Gesellschaft im Wege der Abtretung an einzelne Gesellschafter übertragen wurden und daß, sobald die Anteile in einer Hand vereinigt waren, die Einschreibung des Grundstücks auf den Namen dieser letzten Person (ohne Auflassung) erfolgen konnte. Jetzt werden derartige Uebertragungen im Gegensatz zu früher mit dem sog. Auflassungsstempel von 1 v. H. belegt. Das finanzielle Ergebnis dieser Maßnahme wird — offenbar recht niedrig — mit 550 000 Mark veranschlagt.

Wesentlich liegt die Sache bei den sogenannten „Zwischenveräußerungen“. Der Stempel wird hier in folgender Weise umgangen: A macht dem B einen Verkäufersantrag oder ein Kaufangebot mit der Befugnis, die Rechte auf einen Dritten zu übertragen. Erfolgt die Abtretung, so ist nur der Abtretungsstempel zu zahlen, während es sich in Wirklichkeit um ein Kaufgeschäft handelt, das in die Form der Abtretung gekleidet wird. Häufig ereignet sich der Fall, daß die Auflassung dann erst an die fünfte oder sechste Person erfolgt und dann nur von dieser Person der Auflassungsstempel entrichtet wird, während fünf- oder sechsmal dieser Stempel zu entrichten wäre, wenn dem wahren Inhalt des Geschäfts entsprechend fünf oder sechs Kaufverträge geschlossen wurden. Diese Zwischenveräußerungen sollen jetzt dem Immobilienstempel von 1 v. H. unterworfen werden.

Man wird diese Maßnahmen für berechtigt anerkennen müssen. Ist einmal der Vertragsstempel bzw. der Auflassungsstempel eingeführt, so muß er von allen Geschäften entrichtet werden, die das Gesetz treffen wollte, und es erscheint berechtigt, der Umgehung einen Riegel vorzuschieben.

Eine Neuerung erfährt der Pacht-Mietstempel. Während bisher nur schriftliche Verträge stempelspflichtig waren und demgemäß in das Mietverzeichnis aufgenommen werden mußten, unterliegen jetzt auch mündliche Verträge dieser Art der Versteigerung. Während ferner der Mietstempel bisher ein Zehntel Prozent betrug, erfolgt jetzt eine Staffelung von ein Zehntel Prozent bis zu 1 Prozent; letzteren Satz haben Verträge mit einem Pacht- oder Mietzins von 10 000 M. und darüber zu

entrichten. Letzterer Satz wird als begründet anzuerkennen sein. Nur bei Läden mieten wird man eine Ausnahme machen müssen, um den Mieter eines Geschäftslokales im Wettbewerb mit einem Geschäftsinhaber, der im eigenen Grundstücke die Geschäftslokalitäten innehat (insbesondere Warenhausinhabern) nicht zu beeinträchtigen. (Ein zweiter Artikel folgt.)

Eine Unterredung mit dem Spezialgesandten von Venezuela Dr. José de Paulo.

(Von unserem Berliner *Mitarbeiter.)

Berlin, 17. März.

Der Spezialgesandte Venezuelas, Dr. José de Paulo, der gegenwärtig im Hotel Adlon, Berlin, Wohnung genommen hat, gemährte einem Vertreter der „Saale-Ztg.“ über den Zweck seiner Mission in Europa die nachstehende Unterredung:

Präsident Gomez hat es als die wichtigste Aufgabe seiner Regierung bezeichnet, mit allen europäischen Mächten auf friedlichstem Fuße zu leben. In erster Linie streben wir an, uns mit Frankreich und Holland auf gütlichem Wege zu verständigen; es wird von unserer Seite alles geschehen, daß eine derartige Verständigung in kürzester Zeit erreicht wird. Wir wollen mit allen Mächten sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht freundschaftliche Beziehungen anknüpfen und unterhalten und es ist der Hauptzweck meiner Reise, mit den europäischen Mächten zu verhandeln und entsprechende Verträge abzuschließen. Insbesondere ist uns an einem guten Verhältnis mit Deutschland viel gelegen. Wenn ich die Ehre haben sollte, von Ihrem Kaiser empfangen zu werden, so werde ich in der Lage sein, ihm zu versichern, daß unser Volk dem Deutschen Reich die größten Sympathien entgegenbringt. Ich bin auch hochmüthig, mit dem Deutschen Reich einen Handelsvertrag abzuschließen, um die beiden Länder auch auf wirtschaftlichem Gebiete näher zu bringen.

Was den früheren Präsidenten Castro betrifft, so amtet unser Volk seit seiner Absetzung frei auf. Gegen ihn schwebt bei unserem höchsten Gericht, dem „la cour fédérale“, ein Prozeß wegen Anführung zu einem Komplotz auf das Leben unseres Präsidenten Gomez, der voraussichtlich mit seiner Verurteilung enden wird. Castro wird es niemals wagen, venezolanischen Boden zu betreten; das Volk ist zu erheitert gegen ihn. Bei dieser Gelegenheit möchte ich es gleich als Nebenbei bemerken, daß Castro in Venezuela Millionenfugate verborgen hat. Die Reise meiner Frau nach Caracas, von der ich amtierig unterrichtet bin, hat keinen anderen Zweck, als den Hausstand des Expräsidenten aufzulösen und verschiedene andere private Angelegenheiten zu ordnen.

Zum Schluß der Unterredung kam der Gesandte auch auf die Zeitungsmeldungen über einen bevorstehenden Krieg zwischen Nicaragua und Costa Rica zu sprechen. Er hält eine Kriegsjahr in Mittelamerika für ausgeschlossen. Es bestehen wohl gegenwärtig zwischen den genannten Ländern gespannte Beziehungen, doch zweifelt Dr. Paulo nicht daran, daß es dem Eingreifen Venezuelas und der Vereinigten Staaten von Amerika gelingen wird, die Differenzen zwischen Nicaragua und Costa Rica auf friedlichem Wege zu lösen.

Deutsches Reich.

Soci- und Personalnachrichten.

Die römische „Tribuna“ erzählt aus Rom, daß es doch trotz aller Dementis feststehe, daß Kaiser Wilhelm und die kaiserliche Familie in der ersten Hälfte des April in Rom eintrifften werden. Die Beamten sind bereits beauftragt worden, die Verproviantierung der drei deutschen Schiffe vorzubereiten.

Aktusminister Dr. S. Olf ist gestern im Sanatorium Martinsbrunn in Meran eingetroffen.

Fürst Bülow — das größte Hindernis.

Der Zentrumsabgeordnete Graf Praschna hat einen sehr energischen Vorstoß gegen den Reichsfinanzminister unternehmen, indem er ihn und seine persönlichen Interessen für die Schwierigkeiten der Reichsfinanzreform verantwortlich macht. Nach einem Bericht der „Röln. Volksztg.“ erklärte Graf Praschna in einer Zentrumsversammlung in Düren, bei der es sich um die Aufstellung einer Kandidatur an Stelle des verstorbenen Abg. Grafen Hoppeff handelte, wörtlich:

„Seute besteht doch kein Zweifel, heute leugnet niemand ernstlich, daß der Kanzler selber das größte Hindernis für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform ist. Wir wären längst weiter, wenn er nicht dahingewandert gekommen wäre.“ Das Zentrum hatte in dem Antrag darauf, den einig gewordenen Weg gefunden, den die verbliebenen Reformen beschreiten könnten.“ Was geschieht. Da, lehnte der Reichskanzler durch, daß dieser Antrag ist.“ Graf Praschna fuhr fort: „Damit wissen wir wohl. Wir wissen, daß die Finanzreform nicht nach sachlichen Gesichtspunkten gemacht wird, sondern allein von dem Gesichtspunkte aus, ob der Kanzler, der sie verfochten hat, mit

dem Volk, und zwar nur mit dem Volk zu arbeiten, im Amte bleiben kann. Wir wissen nunmehr, daß in dieser eminent nationalen Frage, ich unterbreite hier das Wort national, nicht das Interesse, das Wohl des Staates, sondern einzig das Interesse der Person maßgebend ist.“

Im Anschluß daran verleserte Graf Praschna: „Wir (das Zentrum) sehen uns, weiß Gott, nicht nach der sog. ausschlaggebenden Stellung zurück, die ich sehr unheimlich war.“ Er betonte auch, daß das Zentrum den Kanzler nicht stützen wolle, gab aber der Zuerstigkeit Ausdruck, daß auf die Dauer die maßgebende Stelle, die über sein Bleiben zu entscheiden hat, also der Kaiser, sich der Einsicht nicht verschließen wird, daß für seine (des Fürsten Bülow) Politik weder die Interessen der Krone noch die Interessen des Landes maßgebend sind, sondern einzig und allein seine persönlichen Interessen, die Wichtigkeit, sich im Amte zu erhalten.“

Die „Röln. Ztg.“ bemerkt dazu:

„Graf Praschna hat recht: wenn alles das wahr wäre, was er dem Fürsten Bülow vorwirft, dann wäre dessen Verbleiben im Amte eine nationale Gefahr; ist es aber nicht wahr, dann ist es nicht minder eine nationale Gefahr, wenn ein Führer einer großen Partei die Ehrenstellung des Abgeordneten dazu mißbraucht, in einer Wahlversammlung den ersten Beamten des Reichs der Fehlsitte gegen den Kaiser und der Pflichtvergessenheit gegen das Volk zu bezichtigen. Für seine Rede in Düren ist Graf Praschna dem Kaiser, dem Reichsfinanzminister und dem ganzen deutschen Volke Rechenschaft und Beweise schuldig.“

Auf Beweise wird sich der Zentrumsmann wohl nicht einlassen.

Eine konservative Kritik an dem Verhalten des Bundes der Landwirte.

In Dessau fand gestern eine Versammlung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie statt. Hierbei hielt Herr v. Bismarck, ein Führer des Bundes der Landwirte und Reichstagsmitglied des konservativen Vereins, dem „Anhalt. Staatsanz.“ folgende, eine Rede, in der er ausführt:

„Ich glaube in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich sage, daß wir die Haltung des Bundes der Landwirte gegenüber der Regierungsvorhaben zur Reichsfinanzreform bedauern und daß wir die Behandlung, die dem greifen Geh. Abt. Prof. Wagner in der Gesellschaft der Wirtschaftserformer von Seiten der Agrarier zuteil wurde nur mit großer Unmut bestrafen konnten. Wir bedauern auch die Art, wie hierbei ein früherer Staatsminister ergriffen ist. Wir halten diese Stellungnahme für nicht im Interesse des Reiches wie der Reichsfinanzminister liegend, ebensowenig wie die Kritiken des Regierungsrates Martin oder des früheren Obersten Goebel.“

Wie der Versammlungsbericht hervorhebt, wurde dem Redner für seine Ausführungen starker und einstimmiger Beifall zu teil. Die „Deutsche Tagesztg.“, das Organ des Bundes der Landwirte, schließt natürlich Herrn v. Bismarck ab. Sie bemerkt, ihr sei es nicht bekannt, daß Herr v. Bismarck zu den Führern des Bundes der Landwirte gehört.

Der Wille zur Einigung.

Unter dieser Spitzmarke führt die „Röln. Ztg.“ folgendes aus:

„Wir haben jetzt langsam an der Hand von Belegen darauf hingewiesen, daß man in konservativen Kreisen der Nachsteuer oder überhaupt einer Erbschaftssteuerumgestaltung anders gegenübersteht, wie die konservative Fraktion und die Parteipresse. Erst heute morgen konnten wir wieder einer konservativen Stimme Gehör verschaffen und außerdem war aus der letzten Wochenschau der „Kreuzzeitung“ zu ersehen, daß dieses führende konservative Blatt nunmehr zum ersten Male im Prinzip einer Erbschaftssteuer auch auf Kinder und Ehegatten zustimmt. Nun kommt logar auch die agrarische Deutsche Tageszeitung, die bisher nicht einmal die Haltung der Kreuzzeitung immer billigte, und erklärt sich gern bereit, zu irgendwelcher Verständigung zu kommen.“

„Wir verheizen uns nicht auf die Vorschläge, die wir früher selbst gemacht haben,“ sagt das Blatt, und es fügt bei, daß das Beifügterkompromiß in vielen Punkten recht bedenklich ist und ohne Frage abgeändert werden muß, ehe es Gekch werden kann. Jeden Weg will die Deutsche Tageszeitung gehen, nur nicht den der Nachsteuer. Es geht hier um einen wichtigen Geschäftsbereich des Blatts in diesem Artikel so viel guten Willens zu einer Verständigung, daß man der Vermutung erliegt, in der konservativ-agrarischen Minderheit made sich eine ähnliche elementare Bewegung zugunsten der Nachsteuer geltend, wie das in andern Parteien mehr und mehr erfolgt wird. Auch werden die Reden eines Mannes wie Adolf Wagner doch einen tieferen Eindruck hinterlassen haben, als den Herren vom Bund der Landwirte lieb ist. Man wird das Anerbieten der Deutschen Tageszeitung, zu irgendeiner Verständigung mitarbeiten zu wollen, nicht von der Hand weisen, auch wenn es von einer schrankenlosen Abwertung der Nachsteuer begleitet ist. Die Hauptfrage ist vorläufig der Wille zur Einigung, und an dem es bis jetzt nicht mangelnd geht, ebensowenig wie dem Willen, endlich etwas zustande zu bringen.“

Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses über die Lage.

Der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Dr. Krause äußerte sich auf dem Verbandstag der nationalliberalen

Partei für Ost- und Westpreußen ausführlich über die politische Lage. Ueber die auswärtige Politik des Fürsten Bülow sagte er:

Der politische Himmel ist von Südböden mit Wolken bedeckt, und wir müssen die Augen immer offen halten nach allen Richtungen, immer auf dem Hohen sein und genügende Macht besitzen, sowohl in unserem Heer als in der Marine. Gewiß lehnt dies dem Volk große Opfer, aber wir müssen sie bringen. Wir sind von dem Fürsten Bülow schuldig, auszusprechen, daß man zu seiner auswärtigen Leistung volles Vertrauen habe. Heßler hat er vielleicht gemacht, ob sie aber alle auf sein Konto kommen, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls hat er mit großem Geschick zum Wohle und zur Ehre des Vaterlandes gewirkt.

Die Ausführungen über die innere Politik bezogen sich hauptsächlich auf die Reichsfinanzreform v. Dr. Krause. Er erklärte nicht nur die Forderungen der Regierung für berechtigt, sondern auch den von dieser vorgeschlagenen Weg für richtig. Das Kompromiß halte er nicht für durchführbar. Ein Segen wäre es jedenfalls, wenn der Bund bestehen bliebe.

Eine Verschiebung der Reichsfinanzreform

bis in den Herbst hinein soll angeblich von gewisser Seite verlangt werden. Der konservative „Reichsbote“ teilt mit, daß tatsächlich Verschiebungen im Gange sind, durch unzureichende Finanzierung der Beratungen die Verschiebung der Reichsfinanzreform vorläufig vor Schluß zu verschieben, die Entscheidung bis in den Herbst zu verschieben.

Die „Frei. Zig.“ bemerkt dazu: Uns ist von solchen Verschiebungen nichts bekannt, da aber der „Reichsbote“ seiner Parteistellung nach Beziehungen zu der konservativen Reichstagsfraktion pflegt, so muß eben dort die Absicht einer Verschiebung der Reichsfinanzreform bestehen.

Die Ueberschwemmungsgefahr.

Der Kaiser hat die Zentralbehörden angewiesen, die Hilfskommandos so zeitig bereitzustellen und in Tätigkeit zu setzen, daß in Aussicht stehenden Ueberschwemmungsgefahren vorgebeugt wird.

Der Fall Berger vor dem Reichstag.

□ Aus Berlin wird uns unterm 17. d. Mis. gemeldet: Der Fall Berger wird nach im Reichstage ein Kapitel haben. Anlässlich der Beratung des Marineetat's bedingte nämlich die Abgeordneten Gotthelm und Heine die Einrichtung der Ehrengelder und Qualifikationslisten einer eingehenden Kritik zu unterziehen. Schon bei der Beratung des Postetat's hatte der Zentrumsabgeordnete Hamacher verlangt, daß den Staatsbeamten Einfluß in die Qualifikationslisten gewährt werden solle. Denselben Wunsch werden nun die Abgeordneten Gotthelm und Heine für das Offizierkorps vorbringen. Sie berufen sich in dieser Hinsicht auf Oesterreich, das seit dem Jahre 1866 seinen Offizieren alljährlich Einfluß in die Qualifikationslisten gewährt und zwar bisher mit sehr günstigen Erfolge. Die Abgeordneten verlangen ferner, daß für die Zukunft dienstliche Vorkenntnisse und Rügen nur in Gegenwart von Zeugen gemacht werden sollen, damit jederzeit der Beamte befragt werden kann, daß einem gemäßigten Offizier seine Fehler zur richtigen Zeit vorgehalten würden. Der Antwort des Reichsministers darf man wohl mit gespanntem Interesse entgegengehen.

Wie weiter mitgeteilt wird, belaufen sich die Kosten im Budget Berger, soweit es sich bisher übersehen läßt, auf über 4000 Mk. Die Höhe ist dadurch zu erklären, daß von den mehr als 40 Zeugen ein großer Teil auswärts wohnt und längere Zeit in Berlin Aufenthalt nehmen mußte. Die Liquidation der drei als Zeugen vernommenen Admirale allein beläuft sich auf mehr als 1200 Mk. Die Staatsanwaltschaft will sich aber dem Kapitän Berger, dessen Vermögensverhältnisse keine günstigen sind, entgegenkommen lassen und ihm gestatten, sowohl die Geldstrafe, die schätzungsweise 5000 Mk. beträgt, als auch die Gerichtskosten in Jahresraten von 1000—1200 Mk. abzutragen. — Wie verlautet, beschäftigt der zweite Angeklagte Dr. Igenfahn, der zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurde, dem Kaiser ein Gnadenbittgesuch zu unterbreiten und um Umwandlung seiner Gefängnisstrafe in Festungshaft zu bitten.

Gegen das Wehrerebesoldungsgesetz.

wie es im Abgeordnetenhaus beschlossen worden ist, soll sich nach dem Berliner Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“ im Herrenhaus eine starke Opposition bemerkbar machen, nicht nur in der Partei der Bürgermeister. Es müsse damit gerechnet werden, daß das Herrenhaus zunächst Abänderungen vornehmen wird.

Die Novelle zur Strafprozeßordnung.

Neben der Novelle zum Strafgesetzbuch soll dem Reichstage ebenfalls auch noch eine Novelle zur Strafprozeßordnung zugehen.

Wie dem „Berl. Tagebl.“ auf seine Anfrage im Reichstagesamt mitgeteilt wird, hat der Bundesrat an dem vor einigen Monaten veröffentlichten Entwurf der Strafprozeßreform Änderungen von wesentlicher Bedeutung und tief einschneidender Wirkung nicht vorgenommen. Die Novelle befindet sich augenblicklich im Druck und dürfte dem Reichstagesamt Ende dieses Monats zugehen. Im Reichstagesamt gibt man sich der Hoffnung hin, daß der Reichstag nach Ostern wenigstens die erste Lesung der Novelle vornehmen wird. An eine Verabschiedung der Vorlage in dieser Session glaubt man allerdings nicht.

Zum Arbeitssommergeheimnis

hat der Vorstand des Deutschen Städteages dem Reichstage eine Eingabe überreicht, worin es u. a. heißt:

Der Vorstand bittet in erster Linie um Abänderung des Entwurfes der Kostentragungspflicht grundsätzlich den Interessenten, den Gemeinden aber nur die Streitzahlung der Kosten aufzuerlegen, und zwar, wie bei den Beiträgen zu den Handelskammern, gegen eine den aufwendenden Auslagen und Arbeiten entsprechende Vergütung. Die Ausfälle bei der Streitzahlung der Arbeiter könnten leicht durch Aufnahme einer Versicherung vermieden werden, monach bei den Anwesenheitsbeiträgen die Arbeitgeber die auf ihre Arbeiter um entfallenden Beiträge vorzuschlagen haben und bei der Lohnzahlung in Abzug zu bringen berechtigt sind. Sollte aber an der grundsätzlichen Kostentragung der Gemeinden festgehalten werden, so bittet der Vorstand in zweiter Linie, dem § 23 des Entwurfes eine Fassung zu geben, monach den Gemeinden die Möglichkeit der vollständigen Wiedereinzahlung der von ihnen gemachten Aufwendungen einschließlich der Erhebungs- und Beizzahlungskosten gewährleistet wird.

In der Begründung der Eingabe wird auf die lebhafteste Beunruhigung, die der Gesetzentwurf in den Gemeinden hervorgerufen habe, hingewiesen und bebauert, daß man unterlassen habe, die beteiligten Kreise zur Sache zu hören.

Das Normalstatut für Fortbildungsschulen.

An die Regierungspräsidenten und an den Oberpräsidenten in Potsdam ist ein Schreiben des Handelsministers Delbrück ergangen, dem Normalstatut für Fortbildungsschulen folgende Bestimmung beizufügen:

„Zunberhandlungen leichter Art können durch Disziplinarrufen der Schule, Vermelde durch Lehrer, den Leiter, das Lehrkollegium oder den Schulvorstand, schriftliche oder mündliche Mitteilungen an die Eltern, Erzieher oder Behörden, Sargelasteten bis sechs Stunden während der schulfreien Zeit geahndet werden.“

Allgemeine Mitteilungen.

— Die Budgetkommission des Reichstages hat beim Militärstatet diesmal Millionenabstriche vorgenommen, bei den fortbauenden Ausgaben des ordentlichen Etats wurden 3 749 231 Mk., bei den einmaligen Ausgaben 5 602 455 Mk. gestrichen, zusammen also 9 351 686 Mk. Einzugsloste wurden nur 100 210 Mk. im ganzen.

— Der postalische Schiederverkehr hat sich im Monat Februar weiter gehoben. Es belaufen sich neun Postbedienten, bei denen Anfang März 20 380 Kontoinhaber gezahlt wurden; es sind dies 4179 mehr als im Vormonat. Auf Berlin entfallen davon 4197, auf Köln 3629, auf Leipzig 3618, auf Frankfurt a. M. 1970, auf Breslau 1765 usw. Auf Güstfischen wurden in den beiden ersten Monaten dieses Jahres gezahlt: 248 1/2 Millionen Mark, an Postämtern 222 1/2 Millionen Mark, so daß das Gesamtgutachten der Kontoinhaber am 1. März d. J. rund 26 Millionen Mark betrug, d. h. rund 8 Millionen Mark mehr als Anfang Februar.

Die Kommunikation des Professors Dr. Schöner wegen seines kürzlich in der Zeitschrift der „M. R. K.“ erschienenen Artikels: „Modernismus und katholische Kirche“ steht alsbald zu erwarten.

— In Vorkriegs bei Tischen an der deutschen Reichsgrenze ist eine Abteilung des österreichischen Eisenbahn- und Telegraphenregiments eingetroffen, die eine Funkstation zwecks drahtloser Telegraphie zwischen Berlin und Wien einrichtete.

— In Stadel-Bumenthal kandidiert bei der bevorstehenden Reichstageswahl der Direktor des statistischen Amtes in Bremen, Dr. Wöhmer, wie wir bereits festgestellt mochten, nicht für die Nationalliberalen, sondern für die Freisinnigen. Kandidat der Nationalliberalen ist der Hofbesitzer Hoppe.

Heer und Flotte.

— An der Parade anlässlich des Jubiläums des Infanterieregiments Nr. 87 in Wang nahmen außer dem Regiment 11 000 ehemalige Regimentsangehörige teil. Der kommandierende General des 18. Armeekorps, v. Eshjorn, verlas eine Kabinetsorder des Kaisers, in der der Dank und die Anerkennung sowie die Zuerkennung fernerer Bemühungen ausgesprochen wird. Der Kaiser hat dem Obersten des Regiments v. Brodow den Kronenorden 2. Klasse verliehen.

Ausland.

Oesterreichs Langmut.

A. K. Daß Oesterreich-Ungarn leistungsfähig einen Krieg herauszufordern würde, kann auch von den schärfsten Gegnern der Donau-Monarchie nicht behauptet werden. In normalen Zeiten wäre auch wohl die Gebuld des Wiener Kabinetts rascher erschöpft gewesen. Nachdem man aber durch die Annexion Bosniens und die damit in Verbindung stehende Unabhängigkeitserklärung Bulgariens eine hohe Verantwortung gegenüber den Mächten auf sich genommen hatte, ist es nur natürlich, daß man in Wien alle lässlichen Folgen des eigenmächtigen Schrittes nach Möglichkeit zu vermeiden sucht.

So erklärt es sich, wenn Oesterreich auch die letzte, sehr herausfordernde Antwort Serbiens noch immer nicht mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantwortet hat, wenn es vielmehr ein letztes, allerletztes Mal den „Frieden an der Drina“ Gelegenheit geben will, sich eines Besseren zu besinnen. Zwar wird die Note, die der österreichische Gesandte in Belgrad überreichen soll, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen und wird die Serben zu einem klaren „Ja“ oder „Nein“ zwingen; sie wird aber andererseits, wie aus Wien verlautet, nicht in der Form eines Ultimatus gehalten sein, um den Serben Gelegenheit zu geben, ihre erste — vielleicht überleitete — Antwort der gegenwärtigen kritischen Lage entsprechend zu modifizieren.

Die Wahrscheinlichkeit, daß Serbien diese in letzter Stunde gebaute Festscheibe benutzt, ist allerdings mehr als gering. Die Dinge haben sich sonst zugespielt, daß mit einer dauernd-friedlichen Lösung des Konflikts kaum noch gerechnet werden kann; eine allzugroße Menge von Erbitterung hat sich auf beiden Seiten ausgebreitet, und so wäre es im Interesse der europäischen Ruhe fast zu wünschen, daß die latente Spannung dieses lagernden Explosivstoffes endlich eine Auslösung erführe. Und dies um so mehr, als aus einem Waffengang zwischen Oesterreich und Serbien internationale Verwicklungen schwerlich sich herleiten könnten.

Wenn K. u. L. zum Kriege geht, so bedeutet das nur ein Zugeständnis an die panslawistische Partei im Jarenreich, nicht aber einen Hinweis auf ein etwaiges bevorstehendes Eingreifen. Die russischen Kämpfer, von denen einige Zeit lang viel die Rede war, sollten wohl nur dazu dienen, Oesterreich einzuschüchtern. Erstreckt erwehle hat sich die österreichische Diplomatie durch die russischen Spiegelreflexen in seiner Weisheit einschränken lassen, wie denn überhaupt dieser Diplomatie die höchste Anerkennung zugeprochen werden muß.

Ohne rechts oder links zu sehen, geht sie ihren pflichtmäßigen Weg und läßt sich auch unter den schwierigsten Verhältnissen nirgends zur geringsten Ueberleitung hinreißen. Man hat dem Freiherrn von Aehrenthal bisweilen vorgeworfen, er habe sich ohne Rücksicht auf die Folgen in Bosnien abenteuerlich gestürzt. In Wirklichkeit sind aber die Folgen — gemessen an dem Gewinn — geringfügig genug. Außer der Abfindungssumme an die Türkei belaufen sie allein in der Auseinandersetzung mit Serbien, und diese hätte bei dem wirtschaftlichen Gegenstand der beiden Nationen früher oder später doch erfolgen müssen. Die Auseinandersetzung auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen oder kriegerischer Zusammenstöße erfolgt, darüber werden — hoffentlich — die nächsten Tage entscheiden. Europa wird gerecht genug sein, die Entscheidung auch fallen mag. Europa wird gerecht genug sein, die gerechteste Sache Oesterreich-Ungarns durch strenge Neutralität zu unterstützen.

Die nächsten Oesterreich-Ungarns

werden in den nachfolgenden Telegrammen, wie folgt, geschildert:

Wien, 17. März. Die große Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit Serbien hat sich nicht im geringsten vermindert. Oesterreich wird in den allerersten Tagen, vielleicht schon heute oder morgen, die bereits angekündigte scharfe Note nach Belgrad richten, aber man glaubt hier, daß die Antwort, die Serbien geben wird, sich in nichts von den früheren zweideutigen Noten, die aus Belgrad an die verschiedenen Kabinette und nach Wien gerichtet wurden, unterscheiden wird.

Wien, 17. März. Hier wird berichtet, daß Oesterreich und Ungarn bereits ihre Befehle über den Wortlaut der zu überreichenden Note gefaßt haben. Es heißt, daß Erzherzog Franz Ferdinand gestern dieferhalb zwei Stunden in der Hofburg verbrachte.

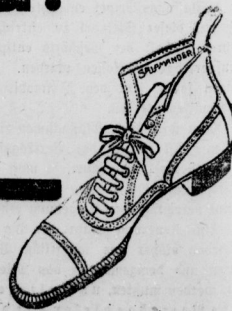
Budapest, 16. März. Der Schritt, den Oesterreich-Ungarn demnach in Belgrad unternommen wird, soll nicht den Charakter eines Ultimatus tragen und nicht einmal den Schein einer Forderung annehmen. Es soll vielmehr Serbien noch eine Möglichkeit geboten werden, seine

Ein neuer Rekord!

Der Vorsprung, den die Marke SALAMANDER durch das Herausbringen der neuen Frühjahrsmodelle erlangt hat, ist schwer einzuholen.



Einheitspreis: für Damen und Herren 12 50 Mk. Kaiser-Ausf. 16, 50



Salamander

Schuh-Ges. m. b. H.
Halle a. S.,
Leipzigerstrasse 94.

Verlangen Sie Musterbuch!

erste Antwort auf den jüngsten Schritt des Grafen Jorgach...
Berlin, 16. März. Wie der Frankf. Stg. aus Berlin gemeldet wird, wird in diplomatischen Kreisen verifiziert, daß Jorgach mit einer gewissen Bestimmtheit...
Berlin, 16. März. Wie der Frankf. Stg. aus Berlin gemeldet wird, wird in diplomatischen Kreisen verifiziert, daß Jorgach mit einer gewissen Bestimmtheit...
Berlin, 16. März. Wie der Frankf. Stg. aus Berlin gemeldet wird, wird in diplomatischen Kreisen verifiziert, daß Jorgach mit einer gewissen Bestimmtheit...

Die Mobilisierung

wird in beiden Staaten eifrig betrieben. Hierüber liegen nachstehende Meldungen vor:
Budapest, 17. März. Sämtliche Kriegsschiffe der Donau-Flottille, die bis jetzt hier im Winterhafen lagen, sind nach Semlin abgegangen, wo sie abends eintreffen. Hier herrscht allgemeine Kriegspanik. An der Börse ist ein weiterer Kursrückgang der Aktien und übrigen malgebenden Wertpapiere erfolgt. Alle hiesigen Blätter führen eine äußerst scharfe Sprache gegen Serbien und verlangen ein sofortiges militärisches Vorgehen, da weitere diplomatische Verhandlungen ohnehin nutzlos seien. Alle übrigen politischen Angelegenheiten sind in den Hintergrund der Tatsache, daß wieder Augenblick der Ausbruch des Krieges erfolgen kann, vollständig in den Hintergrund getreten.

Prag, 17. März. Von den 55 Infanterie-Regimenten, die in Böhmen stationiert sind, sind 33 Bataillone nach der Südgrenze der Monarchie beordert. Einzelne Teile sind bereits nach ihrem Bestimmungsorte abgegangen. Auch Einberufungen von Reservisten haben in verschiedenen Teilen Böhmens stattgefunden.

Wien, 16. März. Wie hier gerüchtweise verlautet, wurden heute allein bei den städtischen Straßenbahnen 400 Bedienstete einberufen. Auch viele Studenten haben bereits ihre Einberufungsorder erhalten. In diesen ist jedoch nicht von Mobilisierung die Rede, sie lauten vielmehr alle auf eine Waffenübung auf unbestimmte Zeit. Aus diesen Einberufungen darf jedoch nicht auf die Mobilisierung der ganzen betreffenden Korps geschlossen werden, da vielfach aus strategischen Gründen bloß kleinere Truppenabteilungen mobilisiert werden. Aus Wien ist heute auch die Mobilisierung nach Bosnien abgegangen. Während in Oesterreich über die Mobilisierung nichts veröffentlicht werden darf, werden in Ungarn alle Mobilisierungen öffentlich bekanntgegeben. So ließ es heute hier, die Mobilisierung eines des Temesvarer und Kreutzer Korps bei verfügt, auch die in Budapest liegenden Donaukorpsen stammten seit drei Tagen unter Dampf. Offiziere und Soldaten büßen die Schiffe nicht mehr verlassen. Die Stadt Budapest hat sich auf Erlauchen des Roten Kreuzes bereit erklärt, im Kriegsfall ein Hilfshospital für 80 Offiziere und 800 Mann zu errichten. Das Budapest Hospitalkomitee hielt heute eine Sitzung ab, in der über die Verpflegung der Verwundeten Beschlüsse gefaßt wurden.

Belgrad, 16. März. In der Stupitschina wurde auf Vorschlag des Kriegsministers Zivkovic ein außergewöhnlicher Kredit für Heeresstützungen von 3,400,000 Dinar und ein Kredit von 500,000 Dinar für vertrauliche Zwecke des Ministeriums des Inneren einstimmig angenommen. Die Mobilisierung Belgrads und Semlins sowie der umliegenden Ortschaften ist sehr beunruhigt infolge der bestehenden Kriegesgefahr. In Belgrader Kreisen ist man entschlossen, trotz des Widerstandes in einzelnen Militärkreisen, Belgograd im Kriegsfall aufzugeben. Der erste Zusammenstoß zwischen den beiden feindlichen Heeren würde einige Kilometer von Belgrad entfernt stattfinden.

Der Streik der Pariser Postbeamten.

Sicher ist es nur, daß der Streik bisher nicht beendet werden konnte. In Berlin ist laut „Ref. Anz.“ die durch den Ausstand geschaffene schwierige Lage in bezug auf die

Übermittlung von Telegrammen von und nach Frankreich bis in die späten Abendstunden hinein ununterbrochen geblieben. Die Nachrichten aus Paris fließen — eben infolge des Streiks — äußerst spärlich. Alle Versuche des Berliner Haupttelegraphenamtes, die förmlich wiederholt wurden und darauf hinausliefen, eine direkte oder indirekte Verbindung mit Paris zu erhalten, scheiterten, da Paris nicht antwortete.
Bis zur Stunde liegen folgende Nachrichten vor:
Paris, 16. März. Der telegraphische Dienst ist in sehr erheblicher Weise gestört. Nur wenige Emissionen arbeiten normal. Ähnlich werden die Unterbrechungen der Telegraphenlinien teilweise mit atmosphärischen Störungen erklärt, doch heißt es, daß an diesen Störungen das Verhalten vieler Telegraphenlinien schuld ist, welche entweder die Arbeit eingestellt oder die Apparate in Funktion gebracht haben. Auch der telephonische Dienst funktioniert seit 5 Uhr sehr mangelhaft.

London, 16. März. Seit 10 Uhr morgens ist jede telegraphische Verbindung zwischen London und Paris abgebrochen. Eine ungeheure Anzahl nicht beförderter Depeschen für Paris liegt auf dem hiesigen Hauptpostamt.

Paris, 17. März. Der Ausstand der Post- und Telegraphenbeamten dehnt sich in Paris und in der ganzen Provinz weiter aus. Die Briefträger, welche die gewöhnlichen Briefe und Drucksachen verteilen, haben beschlossen, sich dem Streik anzuschließen. Weiter haben die Telegraphenbeamten heute nach ebenfalls eine Versammlung abgehalten, in der sie sich verpflichtet, die Forderungen der Postbeamten zu unterstützen und heute früh die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. In zahlreichen Provinzstädten ist die Erregung groß und anhebend finden Versammlungen statt. Die Weisheit der Provinzhäupte konnte nur eine eingeschränkte telegraphische Verbindung mit Paris unterhalten. Die Übermittlung von Telegrammen ist unmöglich geworden und es wurde beschlossen, Telegramme abzuschriften per Brief zu versenden. Was die Postbeamten des Stadtdienstes anlangt, die aus den großen Provinzstädten eintreffen, so ist ihre Zahl stark vermindert; es ist daher nicht möglich, die Briefe im Bahnwagen zu sortieren. Die Postverwaltung hat beschlossen, alle für die Provinz bestimmten Briefe nach den Hauptstädten der betr. Departements zu dirigieren, wo dann die Verteilung vorgenommen werden soll. Zurzeit befinden sich im Pariser Zentralamt nicht weniger als 100,000 unbestimmte Telegramme. 700 Postbeamte sind im Laufe des heutigen Tages ihres Amtes enthoben worden.
Paris, 17. März. Das Comité der Wechselagenten erklärt, angesichts des Ausstandes der Postbeamten hätten die Bankiers die Anwendung von eingeschriebenen und Wertbriefen vorzuziehen eingestellt.

Der Fall Belard.

Wie erinnertlich wurde vor einigen Tagen der französische Jagdgehülfe Belard nahe von Belfort auf deutsches Gebiet erschossen. Ueber die nunmehr angestellte Untersuchung wird gemeldet:

Paris, 17. März. „Matin“ meldet aus Belfort: Die Untersuchung, welche französischerseits über die Erschießung des Jagdgehülfs Belard eingeleitet worden ist, brachte kein Ergebnis, jedoch scheint die Lage der Dinge zu beweisen, daß der Ermordete keineswegs als Angreifer in Betracht kommen kann. Wahrscheinlich hat ihn der deutsche Jagdaufseher für einen Wilderer gehalten und auf ihn geschossen.

Kunst und Wissenschaft.

Das jüngste Werk von Adolf Wilbrandt, eine überaus stimmungsvolle Erzählung, „Das Kind von Goslar“ betitelt, hat die „Saale-Zeitung“ zum Abdruck erworben und wird in diesen Tagen damit im Unterhaltungsblatt beginnen.

Hochschulnachrichten.

Auf den Nachstuhl der klassischen Philologie in Greifswald ist als Nachfolger des außerordentlichen Professors G. Biedel der Privatdozent an der Berliner Universität Dr. phil. Johannes W.

waibt berufen worden. — Der Leiter des Botanischen Gartens in Antwerpen, Dr. van Heurle, ist im Alter von 71 Jahren gestorben. Van Heurle, der sich besonders durch seine wertvollen Arbeiten über die Diatomeen bekannt gemacht hat, hinterließ eine reichhaltige Bibliothek, ein Herbarium mit 60,000 Nummern und eine vollständige Sammlung aller mikroskopischen Apparate, die seit der Gründung des holländischen Jardins Janssen hergestellt worden sind. — Den Privatdozenten für Chirurgie und Militärchirurgie bei Professor v. Bruns an der chirurgischen Klinik der Universität Leipzig Dr. med. Karl Blauel und Dr. Max von Brunn, sowie dem Privatdozenten für Haut- und Geschlechtskrankheiten d. med. Paul Zieger wurde der Titel und Rang eines a. o. Professors verliehen. — Dem a. o. Professor der gerichtlichen Medizin an der Universität Königsberg Dr. med. Richard Dr. med. Georg Puppe ist von Sommersemester 1909 ab auch ein Lehrauftrag für logische Medizin erteilt worden. — Der Geh. Regierungsrat Dr. Med. Boller in Weimar ist zum Kurator der Universität Jena als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Dr. von Eggeling in Aussicht genommen. — Professor Dr. Schwabe, orb. Professor für pathologische Anatomie an der Universität Rostock, hat einen Ruf als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Geh. Hofrats Prof. Dr. Wilhelm Müller an die Universität Jena erhalten. — Am Kandidatenscheinlichen Institut der Universität Jena haben im verflochtenen Wintersemester 7 Studierende das landwirtschaftliche Diplomexamen, 8 Herren das Tierärztliche Diplomexamen 2 das Sanzuchtinstituteexamen abgelegt. Zwei Studierende der Kandidatur erwarben sich den Doktorgrad. — Der orb. Prof. Dr. neuschamentlicher Ergebe, Geh. Hofrat Dr. Theodor v. Schö in Erlangen, der im vorigen Jahre seinen 70. Geburtstag feierte, beschäftigt mit Schluß des Sommersemesters von der Lehrtätigkeit zurückzutreten.

Theater und Musik.

Walter Sieg, der Regisseur und Schauspieler am Stadttheater, gafferte dieser Tage im Jenaer Stadttheater in den „Stühlen der Gesellschaft“. Die „Weimarer Volkszeitung“ schreibt darüber: „... Für den Konjunkt Bernd war ein Gatt geworden worden: Herr Sieg aus Halle. Seine Darstellung überragte — ohne aus dem Rahmen zu treten — die der anderen weit und stellte uns einmal wieder das Mächtige und den Maßstab der Kunst vor Augen. Es war ein Genuß, zu erleben, wie dieser Künstler mit absolut treffender Sicherheit die richtigen, nämlich die naturwahre, überzeugend und erschütternden Töne des Schicksals, wie er, was immer der beste Prüfling ist, auch im Affekt nie verlagte, sondern die tiefsten, innerlichsten Regungen und Zustände dieser kämpfenden Menschenseele, die Heimlichkeit der menschlichen Natur“, in wahrer und ergreifender Weise hinstellen verstand. So empfand man nachher das sichere Gefühl seiner seelischen Befreiung und Erneuerung und glaubte ihm Ernstlichkeit und Dauer seiner Wandlung.

Geschäftsverkehr.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.)

27. Münchener Pferdemarkt vom 12. bis 16. April. Für die Pferdealtere werden auf dem Pferdemarkt nachstehende Gespanne und Pferde angekauft: 1 Viererzug mit 4 Pferden zu 12,000 Mk., 1 Viktoria mit 2 Pferden zu 5,500 Mk., 1 Coupé mit Karrossierpferd zu 4,000 Mk., 2 belgische Supperden zu 2,500 Mk., 1 Jagdequipage mit 2 Pferden zu 3,000 Mk., 2 Reitpferde zu je 2,800 Mk., 1 Einpänner mit 1 Pferd zu 2,000 Mk., 6 starke Jagdritten zu je 1,500 Mk., 6 leichte Jagdritten zu je 1,300 Mk., 5 Pferde zu je 1,200 Mk., 5 Pferde zu je 1,000 Mk., 5 Pferde zu je 900 Mk., 5 Pferde zu je 700 Mk. u. s. w. Programme und Verlosungspläne sind durch den Pferdgesellschaften, München, Herrnhofstraße 9, erhältlich.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Bericht und Sport: Edgar Brühlmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Edwin Alexander-Rag; für den Interentel: Friedrich Endrulat; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

Neue Kleiderstoffe.

Reinwollene Cheviots

einfarbig, Bandstreifen und Chevrommuster
Meter 250 195 165 145 115 85 75 Pf.

Diagonal-Gewebe

vorzügliche Qualitäten in nur modernen Farben
Meter 250 200 175 150 125 95 85 Pf.

Reinwollene Satintuche

einfarbig und Streifen in allen Farbentönen.
Meter 325 275 225 195 165 145 125

Cachemire-Directoire

letzte Neuheit, reinwollene Gewebe
Meter 375 350 300 290 265 235

Traver-Gewebe

apartes, reinwollenes Promenadenkleid
Meter 375 350 325 300 275 250

Reinwoll. Popeline

in effektvollen neuen Farbentönen
Meter 350 325 300 275 265 250

Coteline

ripsartiges Gewebe für Kleider und Kostüme
Meter 375 350 300 275 250 225

Bordüren u. Bajaderen

in nur neuen Geweben und modernen Farben
Meter 375 350 325 300 275 250

Eolienne

Wolle mit Seide, neue Dessins, 110 cm breit
Meter 350 300 250 225 200 175

Ausstellung

Modellhüten

und der hervorragendsten Frühjahrs- und Sommer-Neuheiten in feinstem

Damenputz

Weisswaren.

Geschäftshaus J. LEWIN

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

